

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft Bildung und Forschung
Bundesrat Schneider-Ammann
Schwanengasse 2
3003 Bern

Glarus, 02. Oktober 2015

Anhörung: Verordnung über die Weiterbildung

Hochgeachteter Herr Bundesrat

Vielen Dank für Ihre Einladung zur Stellungnahme.

Im Grundsatz begrüssen wir die Förderung der Weiterbildung durch finanzielle Unterstützung von Seite des Bundes.

Wir schliessen uns der Stellungnahme der SBBK an und machen daher auf folgende Punkte aufmerksam:

- a) In Art. 16 Abs. 2 des WeBiG ist festgehalten, dass der Bundesrat Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen an die Kantone festlegt. Auch für die Festlegung der strategischen Ziele (WeBiV Art. 8) sind keine Kriterien aufgeführt. Entsprechende Ergänzungen sind in die Verordnung aufzunehmen.
- b) Die strategischen Ziele (WeBiV, Art. 8) sind in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen zu erarbeiten. So können gesamtschweizerische Ziele und kantonale Zielsetzungen aufeinander abgestimmt werden.
- c) Zuständigkeiten und Zusammenarbeit auf Bundesebene von Weiterbildungsförderung, Berufsbildung, Integrationsförderung gemäss Ausländergesetz, Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung sollen klar geregelt werden (WeBiV, Art. 8).
- d) Die Prozesse zur Programmvereinbarung zwischen Bund und Kantonen und die Berichterstattung sind schlank zu gestalten, damit die kantonalen Ressourcen nicht mit einem unverhältnismässigen administrativen Aufwand strapaziert werden (WeBiV, Art. 10 und 14). Zudem sollen die Möglichkeiten von Leistungsvereinbarungen und Verfügungen voll ausgeschöpft werden (WeBiV, Art. 11 Abs. 2)
- e) Im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2017-2020 sind angemessene Finanzmittel zu beantragen, damit deutlich mehr Erwachsene mit Lücken in den Grundkompetenzen adäquate Bildungsmöglichkeiten erhalten und die Kantone bei der Informations- und Sensibilisierungsarbeit und Entwicklung neuer Angebote unterstützt werden (WeBiV, Art. 11-13).
- f) Was die interne Organisation anbelangt sind die Kantone souverän. Der Bund kann den Kantonen keine Vorschriften über den Einbezug beziehungsweise die Mitbeteiligung machen. Solche waren in einem Arbeitspapier zu den künftigen Grundsätzen der Förderung enthalten, das uns im Zuge der bisherigen Projektarbeiten vorgelegt wurde. Tatsächlich liegt es aber in der Kompetenz der Kantone, zu entscheiden, in wie weit die Gemeinden einbezogen werden sollen.

Zudem möchten jedoch insbesondere aus Sicht eines kleinen Kantons darauf aufmerksam machen, dass die formalen Anforderungen für diese Finanzierungen nicht zu hoch angesetzt werden dürfen. Gerade in kleinen Kantonen wird teilweise auf die Bundesfinanzierung verzichtet, weil die Aufwendungen für die Beantragung der Finanzierung im Vergleich zu den insgesamt für das Projekt eingesetzten Personalressourcen hoch sind. Dadurch tragen diese Kantone schlussendlich dann die Kosten selber oder verzichten auf Projekte. Damit würde das Ziel, nämlich die Förderung der Weiterbildung, nicht erreicht. Die Anforderung, dass in der Regel Programmvereinbarungen nötig seien, damit ein Kantonsprojekt von der Finanzierung profitieren kann stellt eine Hürde dar, die nur ab einem bestimmten Betrag sinnvoll ist. Wir begrüssen es daher, dass bei kleineren Projekten die Finanzierung auch direkt durch Verfügung gesprochen werden kann (Art. 11 Abs. 2 der Vorlage).

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

Benjamin Mühlemann
Regierungsrat